



Brandon Bohrn und Peter Walkenhorst | Oktober/November 2024

Trump 2.0: Herausforderungen für Europa und Deutschland

Eine zweite Amtszeit des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump könnte tiefgreifende Veränderungen für Europa – und besonders für Deutschland – mit sich bringen. Seine aggressiven und isolationistischen Politikansätze könnten die transatlantische Sicherheitsarchitektur, die Unterstützung der Ukraine, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Technologiepolitik radikal umgestalten und darüber hinaus antidemokratische Kräfte in Europa stärken. Europäische Führungskräfte sollten sich auf mögliche Umwälzungen einstellen und proaktive Maßnahmen ergreifen, um ihre zentralen Interessen zu schützen.

Donald Trump könnte ins Weiße Haus zurückkehren. Umfragen und Prognosen deuten auf einen äußerst knappen Ausgang der Präsidentschaftswahl am 5. November hin. Letztlich werden einige Zehntausend Wähler:innen in wenigen entscheidenden Swing States bestimmen, ob Kamala Harris oder Donald Trump die Wahl gewinnen wird.

Eine zweite Amtszeit des Republikaners Trump hätte für Deutschland und Europa jedoch ungleich dramatischere Auswirkungen als eine Präsidentschaft der Demokratin Harris. Ohne den Druck einer erneuten Wiederwahl und von der ersten Stunde an umgeben von einem loyalen Beraterstab könnte Trump eine noch disruptivere Politik verfolgen als zwischen 2017 und 2021. Anders als zu Beginn seiner ersten Amtszeit wäre er dieses Mal zudem besser vorbereitet. Konservative Think Tanks wie die Heritage Foundation und das America First Policy Institute (AFPI) haben bereits konkrete Pläne für eine radikale Umgestaltung des amerikanischen Regierungssystems und eine aggressive, protektionistische und unilaterale US-Außenpolitik entwickelt.

Politisch Verantwortliche und die Öffentlichkeit in Deutschland und Europa scheinen die möglichen Konsequenzen einer zweiten Trump-Administration zu unterschätzen. Zwar gibt es Pläne in der EU-Kommission und verschiedenen Bundesministerien, wie auf mögliche konfrontative Maßnahmen einer neuen Trump-Administration reagiert werden könnte. Bei einigen Entscheider:innen und Teilen der Öffentlichkeit dominiert aber weiterhin das „Prinzip Hoffnung“ auf einen Wahlsieg von Kamala Harris oder zumindest eine nicht ganz so folgenreiche Präsidentschaft Trumps.

Dabei ist eine realistische Auseinandersetzung mit den weitreichenden Konsequenzen von „Trump 2.0“ jetzt dringend geboten, um frühzeitig Vorbereitungen zu treffen und politische Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zu schaffen. In den folgenden Bereichen drohen Veränderungen und politische Entscheidungen, die zentrale Interessen Deutschlands und Europas berühren:

- **Sicherheit und NATO**, weil Trump die USA aus der NATO zurückziehen oder ihre Sicherheitszusagen an Europa davon abhängig machen könnte, dass die Europäer ihre Militärausgaben deutlich und schlagartig erhöhen.
- **Ukraine**, weil Trump die militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine massiv zurückfahren oder ganz einstellen könnte, um sie zu einem Friedensabkommen mit Zugeständnissen gegenüber Russland zu bewegen. Sollte Europa den amerikanischen Ausfall nicht kompensieren können, wäre Kiew gezwungen, sich darauf einzulassen.
- **Wirtschaft und Handel**, weil Trump durch die Einführung von hohen Zöllen auf europäische Waren die wirtschaftlichen Beziehungen schwer beschädigen und einen Handelskrieg mit der Europäischen Union (EU) vom Zaun brechen könnte.
- **Technologie**, weil Trump europäische Technologieunternehmen unter Druck setzen könnte, sich amerikanischen Exportkontrollen oder Sanktionen gegen China anzuschließen und sich von Teilen des chinesischen Marktes zu entkoppeln.
- **Demokratie und internationale Ordnung**, weil Trump die USA zu einer „illiberalen Demokratie“ entwickeln könnte, was liberale Demokratien schwächen und autokratische sowie antidemokratische Akteure, auch in Europa, stärken könnte.

I. Sicherheit und NATO

Die militärische Sicherheit Europas hängt heute weitgehend von den USA ab. Diese Abhängigkeit lässt Deutschland und seinen europäischen Partnern wenig Handlungsspielraum, sollte sich eine konfrontativere Trump-Administration sicherheitspolitisch von Europa abwenden. Ein vermindertes Engagement der USA in der europäischen Verteidigung würde Europa zwingen, seine eigene Verteidigungsfähigkeit unter großem Zeitdruck deutlich auszubauen. Weitaus gravierender wäre jedoch eine Politik, oder auch nur symbolische Gesten, die Zweifel an den Sicherheitsgarantien der USA und der erweiterten nuklearen Abschreckung aufkommen ließen.

Was sind Europas Interessen?

Europa möchte die USA als Partner in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik behalten, auch unter einer möglichen zweiten Trump-Regierung. Gleichzeitig ist es, unabhängig von Trump, im Interesse Europas, mittelfristig größere Fähigkeiten und eine eigene Verteidigungsindustrie aufzubauen, um mehr sicherheitspolitische Unabhängigkeit zu erreichen.

Was würde sich unter einer zweiten Trump-Administration ändern?

Unabhängig davon, wer letztlich ins Weiße Haus einzieht, bleiben China und die Asien-Pazifik-Region der zentrale Fokus amerikanischer Sicherheitsinteressen. Europa nimmt in dieser Prioritätensetzung eine nachrangige Rolle ein und dürfte weiter an Bedeutung verlieren. Dieser langfristige, von einem parteiübergreifenden Konsens getragene Prozess könnte bei einer Präsidentschaft Trumps jedoch disruptive Züge annehmen. Der Republikaner hat wiederholt seine Geringschätzung für die NATO zum Ausdruck gebracht, die amerikanische Schutzmachtfunktion in Zweifel gezogen und die Europäer, insbesondere Deutschland, für ihre zu niedrigen Verteidigungsausgaben scharf kritisiert. Er hat mehrfach gedroht, das amerikanische Engagement innerhalb der NATO einzuschränken, und die Bündnisverpflichtung nach Artikel 5 infrage gestellt.

Ein vollständiger Austritt der USA aus der NATO gilt zwar als unwahrscheinlich, dennoch könnte eine Trump-Regierung die amerikanische Säule des Bündnisses erheblich schwächen. Trump könnte die Präsenz konventioneller amerikanischer Streitkräfte in Europa verringern, die Zusammenarbeit bei Nachrichtendiensten, Überwachung und Aufklärung einschränken oder sogar die nukleare Abschreckung durch die USA aufkündigen.

Es ist zu erwarten, dass die NATO-Verbündeten dazu gedrängt würden, die auf dem Vilnius-Gipfel 2023 bekräftigte Verpflichtung zu Verteidigungsausgaben von zwei Prozent nicht nur zu erfüllen, sondern zu übertreffen. Besonders Deutschland, das seit Trumps erster Amtszeit im Fokus seiner Kritik steht, würde unter enormen Druck geraten, sollte es diese Ziele nicht erreichen.

Was kann Europa tun, um seine Interessen umzusetzen?

Da der amerikanische Fokus auf China und den Indopazifik sich unabhängig von der Besetzung der Präsidentschaft vorerst nicht verändern dürfte, sind Deutschland und Europa umso stärker dazu angehalten, eigene Verteidigungskapazitäten auszubauen. Je entschiedener dieses Ziel verfolgt wird, desto stärker käme man amerikanischen Interessen entgegen – was wiederum die Chance erhöhen würde, ein Mindestmaß an amerikanischem Engagement für die transatlantische Sicherheit zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, wenn Europa die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte bei den Verteidigungsausgaben (22 der 30 europäischen NATO-Mitglieder haben inzwischen das Zwei-Prozent-Ziel erreicht) nicht nur betonen, sondern verstärken und mit noch ambitionierteren Zielen für die nächsten fünf bis zehn Jahre unterlegen würde. Ein Teil der verstärkten Rüstungsanstrengungen könnte zudem durch den Kauf US-amerikanischer Waffensysteme realisiert werden.

Ein starkes Europa liegt darüber hinaus mit Blick auf den Systemkonflikt mit China im amerikanischen Interesse. Die Europäer sollten einer zweiten Trump-Administration deshalb zeigen, wie sie Washington in der Auseinandersetzung mit Peking unterstützen können. Allerdings müsste Europa zu wirtschafts- und technologiepolitischen Zugeständnissen bereit sein, um die USA von seinem strategischen Wert als Partner im Systemkonflikt zu überzeugen.

II. Ukraine

Für eine neue Sicherheitsordnung auf dem europäischen Kontinent ist der Ausgang des Krieges in der Ukraine von entscheidender Bedeutung. Gewinnt Russland den Krieg, dürfte es seine neoimperialistischen Expansionsbestrebungen in anderen Regionen, etwa dem Baltikum, fortsetzen. Gelingt es Kiew hingegen, Russland zu besiegen, könnte die Ukraine langfristig sogar zu einer tragenden Säule einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur werden.

Die USA sind derzeit der größte militärische und der zweitgrößte finanzielle Unterstützer der Ukraine (nach der EU und ihren Mitgliedstaaten). Eine Reduzierung oder ein kompletter Ausfall der amerikanischen Unterstützung müsste deshalb durch die Europäer aufgefangen werden.

Was sind Europas Interessen?

Für den Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsordnung ist ein ukrainischer Sieg eine entscheidende Voraussetzung. Ohne weitere amerikanische Unterstützung wird ein solcher Sieg jedoch erheblich schwerer zu erreichen sein. Eine vollständige Kompensation der amerikanischen Unterstützung wäre vor allem kurzfristig eine immense politische und organisatorische Herausforderung. Europa hat daher ein großes Interesse daran, dass die USA Kiew auch weiterhin mit so vielen Ressourcen wie möglich unterstützen.

Was würde sich unter einer zweiten Trump-Administration ändern?

Donald Trump hat wiederholt behauptet, er wolle den Krieg in der Ukraine „innerhalb von 24 Stunden“ oder zumindest „sehr schnell“ beenden, wenn er wiedergewählt würde - eine Position, die er nach seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im September 2024 erneut betont hat. Konkrete Details darüber, wie er dieses Ziel erreichen will, fehlen jedoch.

Trump hat sich bereits für eine Vielzahl von Änderungen in der US-Politik gegenüber der Ukraine ausgesprochen. Er hat zwar einen kreditbasierten Rahmen für die US-Hilfe befürwortet, jedoch auch angedeutet, dass jegliche Unterstützung eingestellt werden könnte, sollte er ins Amt zurückkehren. Außerdem vertritt er die Position, dass die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland Teil eines Friedensabkommens sein sollte.

J.D. Vance, Trumps Vizepräsidentenskandidat, hat die Fähigkeit der Ukraine, ihre militärischen Anstrengungen aufrechtzuerhalten, infrage gestellt und ein sofortiges Ende der US-Hilfe gefordert. Darüber hinaus hat er für einen „Friedensplan“ plädiert, der von der Ukraine die Entmilitarisierung und Abtretung der derzeit von Russland kontrollierten Gebiete verlangen würde. Vance war einer von 18 Republikanern im Senat, die gegen das letzte US-Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 61 Milliarden Dollar gestimmt haben.

Was kann Europa tun, um seine Interessen umzusetzen?

Sollte die militärische und finanzielle Unterstützung der USA für die Ukraine stark reduziert oder ganz eingestellt werden, wäre Deutschland im eigenen Interesse gefordert, gemeinsam mit europäischen Partnern die gewaltige Lücke zu schließen. Der Bundesrepublik käme im europäischen Kontext aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke eine zentrale Rolle zu. Berlin hätte nicht nur einen Großteil der erforderlichen finanziellen Ressourcen aufzubringen, sondern könnte auch in der NATO und der EU eine stärkere Führungsrolle übernehmen.

Europa müsste zudem schnell ein umfassendes militärisches Unterstützungspaket schnüren, um Spekulationen und dem Spielen auf Zeit entgegenzuwirken. Hier können die unterschiedlichen Interessen der europäischen Staaten kollidieren. Selbst im Falle eines sogenannten Friedens oder Waffenstillstands könnte dies nur bedeuten, die Ukraine umgehend in die Lage zu versetzen, sich gegen eine weitere Invasion Russlands zu verteidigen bzw. sie abzuschrecken. Dies gilt unabhängig davon, ob es US-Garantien gibt oder nicht. Zum einen würde Europa einer Vereinbarung mit Trump misstrauen. Zum anderen würde man ohne eigene Beiträge die Kontrolle und den Einfluss auf die Entwicklungen und damit auf die eigene Sicherheit aus der Hand geben.

III. Wirtschaft und Handel

Die EU und die USA verfügen über die weltweit größten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen, die gemessen an der Kaufkraft ein Drittel des weltweiten BIP ausmachen. Diese Wirtschaftsbeziehungen bilden die Grundlage des gemeinsamen Wohlstands auf beiden Seiten des Atlantiks.

Was sind Europas Interessen?

Trotz der engen wirtschaftlichen Verflechtungen bestehen tiefgreifende Differenzen in Bezug auf die Handels- und Industriepolitik, die auch unter der Biden-Administration nicht beigelegt werden konnten. Eine Lösung dieser Konflikte läge in beiderseitigem Interesse und würde die geoökonomische Macht Europas und der USA stärken.

Was würde sich unter einer zweiten Trump-Administration ändern?

Eine zweite Amtszeit Trumps würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der wirtschaftspolitischen Konflikte bis hin zu einem möglichen Handelskrieg mit der EU führen. Die Fortschritte in der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, die unter der Präsidentschaft Bidens erzielt wurden, dürften weitgehend rückgängig gemacht und durch eine protektionistischere und konfrontativere US-Handelspolitik ersetzt werden, die sich an nationalen Sicherheitsinteressen orientiert. Trumps Beraterstab hat sogar vorgeschlagen, einen „Wirtschaftskriegsausschuss“ („Economic War Council“) einzurichten, dem der US-Handelsbeauftragte sowie Vertreter des Handelsministeriums und des Pentagons angehören sollen.

In Anlehnung an seine erste Amtszeit würde Trump voraussichtlich bestehende Zölle beibehalten und neue einführen. Er hat bereits signalisiert, dass auch Verbündete wie die EU nicht von dieser Politik ausgenommen würden. Die Section 232-Zölle auf Stahl und Aluminium – ursprünglich 2018 von Trump mit Sätzen von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium aus Gründen der nationalen Sicherheit erlassen – würden wahrscheinlich wieder eingeführt. Darüber hinaus hat Trump die Einführung von Basiszöllen in Höhe von 10-20 Prozent auf sämtliche US-Importe angekündigt. Diese umfassenden Zölle werden von Trump und seinem Umfeld als unerlässlich erachtet, um Handelspartner zu Verhandlungen zu zwingen und die US-Industrie zu schützen. Deutschland könnte erneut ins Fadenkreuz geraten, insbesondere durch die mögliche Wiedereinführung von Autozöllen, eine Drohung, die 2019 erstmals ausgesprochen, aber nicht umgesetzt wurde.

Die Bekämpfung des wirtschaftlichen Einflusses Chinas stünde im Mittelpunkt von Trumps wirtschaftspolitischer Agenda, mit vermutlich erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und China. So ist davon auszugehen, dass Trump bestehende, gegen China gerichtete Zölle nicht nur beibehalten, sondern noch ausweiten wird. Darüber hinaus könnte er Exportkontrollen verschärfen, Sanktionen gegen chinesische Unternehmen verhängen und andere Maßnahmen zum Schutz wichtiger Industrien und Technologien ergreifen, um die USA von bestimmten Teilen des chinesischen Marktes zu entkoppeln. Die EU könnte unter Druck gesetzt werden, das Gleiche zu tun, etwa durch die Verhängung von Sekundärsanktionen. Diese Art von Sanktionen soll Nicht-US-Unternehmen weltweit davon abhalten, Geschäftsbeziehungen zu Zielobjekten unilateraler US-Primärsanktionen einzugehen. Sie dienen dazu, die Wirkung amerikanischer Primärsanktionen durch eine Ausweitung der Restriktionen auf Geschäftsbeziehungen außerhalb der US-Jurisdiktion zu verstärken.

Darüber hinaus sieht Trump die USA durch globale Handelsregeln und internationale Institutionen wie die Welt handelsorganisation (WTO) und den Internationalen Währungsfonds (IWF) benachteiligt, die seiner Meinung nach Ländern wie China, Indien (und in geringerem Maße die EU) auf Kosten amerikanischer Wirtschaftsinteressen in unfairen Weise begünstigen.

Während seiner ersten Amtszeit hatte Trump bereits die Idee geäußert, die USA aus diesen multilateralen Institutionen zurückzuziehen, was jedoch letztlich nicht umgesetzt wurde. Nun haben er und sein Team die Absicht geäußert, das Engagement der USA in der WTO und im IWF entweder drastisch zu reduzieren oder vollständig auszutreten, was zu massiven Störungen im Welthandel und in der internationalen Wirtschaftsordnung führen würde.

Was kann Europa tun, um seine Interessen umzusetzen?

Die Reaktion auf die Androhung oder Einführung von Zöllen durch eine Trump-Administration muss in erster Linie von der EU ausgehen. Die EU-Kommission hat vorausschauend eine Taskforce eingerichtet, um auf diese Möglichkeit vorbereitet zu sein. Es liegt im Interesse der EU, eine stärkere Antwort als die begrenzten Vergeltungszölle während Trumps erster Amtszeit zu formulieren. Diese Antwort sollte auf einer entschlossenen, präventiven Strategie basieren, die darauf abzielt, eine Verhandlungslösung zu erreichen, bevor Zölle in Kraft treten.

Über den handelspolitischen Rahmen hinaus werden wahrscheinlich zusätzliche und umfassendere wirtschafts- und industriepolitische Antworten erforderlich sein, die aber hier nicht im Detail behandelt werden können. Ein weiterer Ansatz könnte darin bestehen, eine stärkere Abstimmung bei China-bezogenen Themen zu suchen und dies als möglichen Gewinn für Trump zu präsentieren, um eine Grundlage für die Zusammenarbeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang war der EU-US Trade and Technology Council (TTC) trotz seiner Einschränkungen entscheidend für die Koordinierung der Sanktionen gegen Russland und die Förderung wirtschaftlicher Sicherheitsmaßnahmen gegenüber China. Deshalb liegt es im Interesse der EU, seine Fortsetzung auch unter einer potenziellen Trump-Administration zu unterstützen.

IV. Technologie

Neue Technologien sind entscheidend für die Innovationskraft und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit für die Sicherung seines Wohlstandes. Bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien fällt Europa jedoch immer mehr hinter die USA zurück. Gleichzeitig sehen sich sowohl Europa als auch die USA durch die technologische Entwicklung Chinas vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Was sind Europas Interessen?

Obwohl ein strategisches Interesse an der Entwicklung einer gemeinsamen transatlantischen Technologiepolitik besteht, haben die USA und die EU große Schwierigkeiten, bei der Digitalisierung und der Anwendung neuer Technologien einen gemeinsamen Nenner zu finden. Beide verfolgen sehr unterschiedliche Regulierungsansätze für technologische Innovationen. Die Suche nach Kompromissen als Basis für gemeinsame Standardsetzung in diesem Bereich bleibt gleichwohl eine wesentliche transatlantische Gestaltungsaufgabe – allein schon, um zu verhindern, dass China in strategisch wichtigen Bereichen die Rolle des globalen Standardsetzers übernimmt.

Was würde sich unter einer zweiten Trump-Administration ändern?

Die Technologiepolitik einer zweiten Trump-Administration würde voraussichtlich auf zwei Hauptachsen verlaufen: Zum einen würde sie sich auf die Regulierung der großen Technologieunternehmen in den USA und den Umgang mit europäischem Regulierungsdruck konzentrieren; zum anderen würde sie den Wettbewerb mit China verschärfen, wobei Technologie als nationale Sicherheitsfrage betrachtet würde.

Donald Trump dürfte dafür sorgen, dass große Technologiekonzerne weiterhin strengen kartellrechtlichen Maßnahmen unterliegen. Trotz der traditionell unternehmensfreundlichen Haltung der Republikaner ist die Skepsis gegenüber „Big Tech“ groß, was vor allem an der vermeintlichen Zensur konservativer Ansichten liegt. Während Trumps erster Amtszeit hatte seine Administration Ermittlungen und Klagen gegen Tech-Giganten wie Google, Facebook, Amazon und Apple hinsichtlich kartellrechtlicher Fragen eingeleitet, darunter ein großes Verfahren gegen Google, das unter der Biden-Regierung fortgesetzt wurde.

Sowohl eine Trump- als auch eine Harris-Administration würden vermutlich weiterhin versuchen, Chinas Zugang zu Hochtechnologiebereichen zu begrenzen, um die Innovationskraft der USA zu schützen. Trump könnte jedoch aggressiver vorgehen und auch europäische Unternehmen unter Druck setzen, ihre Technologieverkäufe nach und -importe aus China einzuschränken. Er könnte außerdem Exportkontrollen ausweiten, insbesondere für Dual-Use Technologien, und verstärkt auf sekundäre Sanktionen zurückgreifen. Bereits während seiner ersten

Amtszeit drohte Trump damit, Deutschland den Zugang zu US-Geheimdienstinformationen zu verwehren, sollte es Huawei den Aufbau der 5G-Infrastruktur erlauben.

Was kann Europa tun, um seine Interessen umzusetzen?

Um wirksam gegen Druck aus Washington vorzugehen, sollte die EU eine einheitliche Chinapolitik entwickeln. Dies würde ihre Verhandlungsposition gegenüber den USA stärken, insbesondere in Bereichen, in denen die wirtschaftliche Macht der USA allein nicht ausreicht, um Maßnahmen gegen China effektiv durchzusetzen und eine Zusammenarbeit mit Europa erforderlich ist.

Wenn es darum geht, sich bei der Regulierung von Technologien anzunähern und den Umgang mit kritischen, neu entstehenden Technologien in Bezug auf China abzustimmen, könnten Foren wie der TTC eine wichtige Rolle spielen, um einen strukturierten transatlantischen Dialog zu diesen Fragen zu befördern. Der TTC war in der Vergangenheit erfolgreich bei Standardisierungsinitiativen, der Entwicklung gemeinsamer Definitionen für neu entstehende Technologien wie Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie sowie bei der Koordination von Halbleiter-Lieferketten und Subventionen.

V. Demokratie und internationale Ordnung

In Falle eines Wahlsiegs von Trump besteht die Gefahr, dass sich die USA zu einer „illiberalen Demokratie“ entwickeln und erkennbare Züge eines autoritären Systems annehmen. Die älteste Demokratie der Welt könnte sich damit aus dem Kreis der liberalen Demokratien und ihrer Verteidiger verabschieden.

Was sind Europas Interessen?

Auch in Europa steht die liberale Demokratie unter Druck. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen einer doppelten Herausforderung durch antiliberalen Kräfte von innen und den Systemkonflikt mit autoritären Mächten wie Russland und China gegenüber. Auch in Europa haben Populismus und gesellschaftliche Polarisierung zugenommen. Rechtsextreme und antidemokratische Parteien und Akteure stellen vielerorts demokratische Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit infrage. Gleichwohl ist die EU ein entschiedener Verfechter der liberalen Demokratie. Diese demokratische Ordnung mit ihren normativen Festlegungen bildet das Fundament der EU und ist eine wesentliche Bedingung für ihren politischen Zusammenhalt und ihr kollektives Handeln. Deshalb liegt es im vitalen Interesse Europas, die Demokratie weltweit zu schützen und zu festigen.

Was würde sich unter einer zweiten Trump-Administration ändern?

Im Zentrum von Donald Trumps Agenda für eine mögliche zweite Amtszeit steht eine umfassende Umgestaltung der US-Bundesregierung. Ihr Ziel ist der Abbau des sogenannten „Verwaltungsstaates“ zugunsten einer Machtkonzentration innerhalb der Exekutive. Für die Verwirklichung dieser Vision wird auch die zukünftige Zusammensetzung des US-Kongresses entscheidend sein.

Trumps Äußerung, er wolle an seinem ersten Tag ein „Diktator“ sein, sollte ernst genommen werden. Denn wie aus zahlreichen seiner Reden und den Plänen der Heritage Foundation und des AFPI hervorgeht, ist eine der wichtigsten Säulen dieser Umgestaltung die verfassungsrechtlich äußerst umstrittene „Theorie der alleinigen Exekutive“ (Unitary Executive Theory). Sie behauptet unter Berufung auf Artikel 2 der US-Verfassung, dass der Präsident die vollständige Kontrolle über die Exekutive ausüben sollte, während der Kongress und die amerikanische Justiz nur noch eine begrenzte Aufsichtsfunktion ausüben dürften.

Dies stellt nicht nur die traditionelle Gewaltenteilung infrage, sondern untergräbt auch den seit langem geltenden Grundsatz der Zurückhaltung der Exekutive. Dem Präsidenten würde nahezu uneingeschränkte Macht über die Tätigkeit der Bundesbehörden eingeräumt werden. Diese Pläne würden die politische Macht in der Exekutive zentralisieren, wodurch das gegenwärtige System von „Checks and Balances“ aus den Fugen geraten würde.

Trumps Ansatz zur Umstrukturierung der Regierung würde auch die US-Außenpolitik massiv beeinflussen. Die Einführung von „Schedule F“ – einer Politik Trumps, die es ermöglicht, Karrierebeamte durch politische Loyalisten zu ersetzen – würde die Bundesverwaltung in einem beispiellosen Maße politisieren. Die langfristigen Auswirkungen dieser Änderungen könnten seine Amtszeit überdauern: Der Verlust an institutioneller Expertise durch die Entlassung von sachkundigen und erfahrenen US-Beamten könnte die bilaterale Zusammenarbeit erheblich schwächen, Vertrauen und langfristige Kooperationen untergraben und wichtige diplomatische Bemühungen erheblich erschweren.

Auf internationaler Ebene könnte Trumps Nähe zu Autokraten und Diktatoren illiberale Kräfte und rechtsextreme Parteien weltweit stärken. Die bereits bestehenden institutionellen Verbindungen zwischen den rechtsgerichteten Bewegungen in den USA und Europa, etwa über die Heritage Foundation und die Conservative Political Action Conference, dürften in einer zweiten Amtszeit von Trump weiter gestärkt und ausgebaut werden. Politiker wie der ungarische Premierminister Viktor Orbán und andere autokratische oder illiberale Akteure in Europa hätten einen starken Verbündeten im Weißen Haus, der anstelle der Kooperation mit Brüssel die bilaterale Zusammenarbeit mit diesen „Gleichgesinnten“ suchen könnte.

Was kann Europa tun, um seine Interessen umzusetzen?

Deutschland und die EU sollten ihre Beziehungen zu Mitgliedern des US-Kongresses, zu bundesstaatlichen und lokalen Regierungen sowie zu Organisationen der Zivilgesellschaft intensivieren, um Verbündete und gleichgesinnte Akteure zu identifizieren. Solche Partnerschaften können dazu beitragen, die negativen Auswirkungen auf die Demokratie und die multilaterale, regelbasierte Kooperation abzumildern und die Bewahrung demokratischer Normen langfristig zu unterstützen.

V.i.S.d.P.

© Bertelsmann Stiftung, 2024

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
bertelsmann-stiftung.de

Brandon Bohrn
Project Manager
Program Europe's Future
Phone: +49 30 275788-174
E-Mail: brandon.bohrn@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
Senior Project Manager
Program Europe's Future
Phone: +49 5241 81-81172
E-Mail: peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © Rawf8 - stock.adobe.com